

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

28. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 20. November 2003

(16.11 Uhr bis 00.36 Uhr)

Frage Nr. 789.....	23
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	23
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	23
Frage Nr. 790.....	23
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	23
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	24
Frage Nr. 792.....	25
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	25
Stadträtin Jutta Ebeling:.....	25
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 775.....	27
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	27
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	28
Stadtverordnete Elke Tafel, SPD:	29
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	30
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	31
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	32
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	33
4. Fachvortrag über die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung im Sinne der Stein'schen Reformpolitik ("Nassauer Denkschrift")	2
Prof. Dr. Rudolf Hickel, Universität Bremen:	3
5. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	33
6. Verordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen, Grün- und Spielanlagen, auf Gewässern, im Wald sowie den unterirdischen Anlagen in der Stadt Frankfurt am Main	34
Vortrag des Magistrats vom 24.01.2003, M 14 <u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 18.03.2003, NR 957 <u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 18.06.2003, NR 1044 <u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der SPD und der FDP vom 13.10.2003, NR 1145	
Stadtverordneter Stephan Siegler, CDU:.....	34
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	36
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	36
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	38
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:.....	39
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	41
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	42
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	43
Stadtverordneter Stephan Siegler, CDU:.....	44
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:.....	45
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	46
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	47
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	47
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:	47
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	48

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke schön Herr Sauer! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich mache es kurz, ich will meine Redezeit nachher für die Antisemitismusdebatte haben.

Gefahrenabwehr heißt in Frankfurt Ausgrenzung, nicht nur von Obdachlosen, Punks, Drogenkonsumenten und anderen. Ich lehne die M 14, die Anträge NR 957, NR 1044 und NR 1145 aufs Schärfste ab, mit denen zum Beispiel das Hütchenspiel verboten werden sollte. Die Juristen unter Ihnen müssten eigentlich wissen, dass das ziemlich lächerlich ist. Wie kann man etwas verbieten, wenn es nicht strafbar ist. Die Polizei kann nur etwas tun, falls Geschicklichkeitsspiele ohne Gewerbeschein stattfinden. Dann wäre es eine Ordnungswidrigkeit. Der Bundesgerichtshof unterscheidet selbst zwischen Geschicklichkeitsspiel, Glücksspiel und Betrug. Selbst die Staatsanwaltschaften in Frankfurt verfolgen das inzwischen nicht mehr. Ich vermute, irgendwer von der CDU-Fraktion ist einmal hereingelegt worden, ist jetzt sauer und deswegen die Forderung nach Strafe. Aber die Dummheit des Hereingelegten lässt sich leider nicht verbieten.

Zweitens sollen die Punks am Brockhausbrunnen vertrieben werden. In einem Ausschuss kam neulich ein großartiges Argument. Eine CDU-Stadtverordnete beschwerte sich, dass eine Besucherin, ein weiblicher Gast von ihr, diesen Brunnen nicht frei von Punks habe fotografieren können, weil die Punks einfach nicht weggehen wollten, nur weil sie ein Bild machen wollte. Das ist natürlich eine ungemaine Belästigung des deutschen Spießers, und der wird dann gerne gewalttätig. In diesem Fall heißt das Mittel der Gewalt „Gefahrenabwehrverordnung“. Eine Bedrohung und eine Belästigung in Frankfurt - das ist ein wunderbares Wort. In diesen Vorlagen dient das nicht sozial übliche Verhalten, das hier dadurch definiert wird,

dass die Leute nicht einkaufen. Die Zeil soll ruhig, befriedet von sozialem Ausschuss sein, um der Leute Willen, die nicht abgelenkt werden wollen, wenn sie Geld ausgeben und zwar in den Geschäften und nicht etwa in irgendwelche Becher, die ihnen da harmlos ab und zu hingehalten werden. Kinder sollen, und daran sieht man auch, dass die GRÜNEN und die FAG - und da muss ich der CDU gratulieren, wie sie Stück für Stück die anderen Fraktionen dazu bekam, mit ein bis zwei Jahren Verspätung ihren schrecklichen Vorstellungen doch noch hinterherzuhinken.

Kinder dürfen nicht mehr betteln. Ich halte betteln für ein Menschenrecht, und wer weiß, wie vielen Kindern es dreckig geht, die abhauen oder so, dann ist deren Problem nicht dadurch beseitigt, dass sie, wenn sie in irgendeiner Stadt landen, plötzlich nicht mehr nach Geld fragen dürfen, sondern dann mit repressiven Maßnahmen rechnen müssen. Dahinter steckt nichts anderes, als dass man sich belästigt fühlt von Elend. Das Elend soll weg, und man hat sonst keine andere Idee, wie man Menschen in Not helfen kann. Es geht auch, und gerade das ist das, was „Zeil Aktiv“ immer schon, seit Jahren - man möge sich deren Vorschläge zurück über zehn Jahre einmal anschauen - betrieben hat, um die Privatisierung öffentlichen Raumes für kommerzielle Zwecke. Das ist Raub von öffentlichem Raum, in dem sich früher einmal - das waren noch andere Zeiten - Menschen unterschiedlichster Art, unterschiedlichster Lebens- und Verhaltensformen einfach frei bewegen konnten. Es geht hier nicht um die Abwehr von wirklicher Gefahr. Wirkliche Belästigung wäre zum Beispiel irgendwelches Herumpöbelnden, rassistisches Zeug redenden, Schlips- und Aktenkofferträgern gelegentlich einmal eins auf die Nase zu geben. Ich verkneife mir das, aber die sind wirklich eine Belästigung. Es gibt auch noch richtig große Gefahren: für Kinder durch Autoverkehr, der Lungen durch Vergiftung, Rassismus, Armut und gewiss in Frankfurt auch durch Antisemitismus.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Nein, ich habe zu wenig Zeit.

Was hier mit der Gefahrenabwehrverordnung gemacht wird, ist auch Freiheitsberaubung, nämlich die Freiheit, sich unterschiedlich zu verhalten und sich nicht nach den dogmatischen engen und fanatischen Wertmassstäben des deutschen Spießers verhalten zu müssen, der seine Geschäfte in Ruhe machen können will. Wenn das verabschiedet würde, hieße es zu Recht, und das wäre noch freundlich: Die spinnen die Römer.

Ganz zum Schluss noch eine Bemerkung: Ich habe mir vorhin grinsend vorgestellt, als Herr Siegler seine ordentlich deutschen, spießigen Vorstellungen vorgetragen hat, wie er auf irgendwelchen Volksfesten als Polizist Hunderte von pinkelnden Männern davon abhalten will, das zu tun.

Viel Vergnügen, Herr Siegler.

(Beifall, Heiterkeit)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Pürsün.

Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben im Ausschuss schon sehr oft und auch sehr lange über dieses Thema diskutiert, und auch heute Abend wurde schon sehr viel gesagt. Ich würde es eigentlich gerne so kommentieren: Es ist gut, dass dieses Thema nun endlich ein Ende findet. Die FDP-Fraktion hat dem Magistratsvortrag M 14 bis auf zwei Punkte zugestimmt. So, wie die M 14 eingebracht wurde, war es wahrscheinlich, dass diese Widerstände erwecken würde, denn in der Vergangenheit liefen Änderungen der Polizeiverordnung nämlich durch

ein anderes Verfahren. Herr Schwarz, vielleicht hätten Sie anders mehr erreichen können. Darüber haben wir auch schon im Ausschuss gesprochen.

(Beifall)

Die beiden Punkte der M 14, die die FDP-Fraktion ablehnt, sind das Nächtigen im Freien und der Verzehr alkoholischer Getränke, Trunkenheit oder sonstiges rauschbedingtes Verhalten. Beides trifft nämlich den Lebensstil vieler Menschen in dieser Stadt und schießt über das Ziel hinaus. Große Veranstaltungen und Feste, über die wir in Frankfurt so froh sind, wären auf jeden Fall gefährdet, und man muss sich fragen, wie hätte das eigentlich konkret ausgesehen, wenn wir das beschlossen hätten, und wie hätte das umgesetzt werden können, mit welchem Personal zusätzlich. Da ist, denke ich, die Formulierung in der M 14 nicht präzise genug gewesen. Mir gefällt auch nicht, dass in der Begründung der M 14 der Begriff „Randgruppe“ verwendet wird. Das finde ich äußerst problematisch in diesem Zusammenhang.

(Beifall)

Die Stadt ist und muss für alle da sein, aber das bedeutet auch, dass die Situation rund um den Brockhausbrunnen für die Bürger dieser Stadt eine große Verärgerung ist. Das Ordnungsamt und die Sicherheitskräfte sollten das, was dort geschieht, auf jeden Fall im Auge behalten. Da geschehen nämlich auch Sachen, die wir nicht dulden können. Vor kurzem gab es zum Beispiel auch einen Fall der Tierquälerei.

Das Machbare machen wir in Form des Gemeinschaftsantrages der SPD und FDP, NR 1145, möglich. Wir als FDP-Fraktion hätten uns zwar ein bisschen mehr gewünscht, aber wir haben so den gordischen Knoten durchschlagen und lösen können. Der Antrag wird fast einstimmig verabschiedet und ändert Folgendes: Schulhöfe werden in den Geltungsbereich der Satzung aufgenommen. Das Betteln von, mit oder mittels Kindern wird verboten. Die Verrichtung der Notdurft im Bereich der Polizeiverordnung außerhalb von Bedürfnisanstalten wird verboten und die Strafen werden von DM auf Euro umgestellt. Gemeinsam haben wir zusätzlich noch den

Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:

Frau Vorsteherin,
meine Damen und Herren!

Eigentlich habe ich nur drei kurze Fragen. Ich frage Herrn Siegler und andere, die diese Vorlage in der ursprünglichen Fassung befürworten: Was sollen die Ordnungskräfte oder Polizeibeamten tun, wenn auf der Zeil oder sonst irgendwo eine Roma-Frau mit ihrem Kind auf dem Arm ihre Hand ausgestreckt? Was wollen Sie mit dieser Frau machen? Wohin wollen Sie sie transportieren? Was für eine Strafe soll dafür eigentlich verhängt werden? Das ist mir unbegreiflich.

Wenn ich nachts durch die Straßen gehe, was ich sehr häufig zu sehr später Stunde tue, sehe ich in bestimmten Eingängen - zum Beispiel in der Goethestraße - da und dort jemanden im Schlafsack liegen. Die Stadt ist ringsherum sowieso leer. Ich weiß nicht, was für eine Belästigung das ist. Es kommt kaum mehr jemand vorbei. Die Stadt ist nachts fast tot. Wollen Sie diese Menschen wegräumen? Das ist doch die Frage, die übrig bleibt.

Was den Brockhausbrunnen angeht, meine ich es nicht ganz so ironisch. Ich habe mich dort schon eine Weile hingesezt und geschaut, welche Art von Menschen sich dort aufhalten. Ich habe eher den Eindruck, dass sich durch verschärfte Maßnahmen die Zahl der dort Lagernden, Sitzenden und Lärmenden nicht weiter vermehrt, sondern weil diese Art sich zu kleiden und zu gebärden, nämlich als Punker, im Moment nicht mehr in ist. Das können Sie übrigens auch in Berlin und in anderen Orten feststellen. Von da geht sowieso keine Gefahr aus, und das reduziert sie aus sich selbst heraus. Ich wollte mit meinen Fragen nur darauf aufmerksam machen.

(Beifall)

Stellvertretende**Stadtverordnetenvorsteherin****Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke sehr! Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, und ich schließe die Aussprache. Ich lasse nun über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfeh-

lung abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist und lautet: ...

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich möchte beantragen, dass über die vier Vorlagen und nicht vermischt über indirekte Ausschussberichte abgestimmt wird, denn es gibt keine gesplitteten Voten. Das hatten wir eigentlich zwischendurch auch schon so gehandhabt. Ich bitte, das auch wieder so zu machen.

Stellvertretende**Stadtverordnetenvorsteherin****Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Herr Vowinckel, Sie haben eine Meldung zur Geschäftsordnung.

Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:

Ich bitte, so zu verfahren, wie Sie es angekündigt haben. Es sind mehrere Vorlagen. Das verlängert die Abstimmung ganz erheblich. Ich bitte, so zu verfahren.

Stellvertretende**Stadtverordnetenvorsteherin****Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Wir stimmen über den Antrag von Frau Stadtverordneten Ditfurth ab. Wer ist für die Einzelabstimmung? (Geschieht). Das sind drei Personen. Wer ist für den Antrag von Herrn Vowinckel? (Geschieht). Das ist der Rest des Hauses. Ich fahre nun fort.

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: a) Die Vorlage M 14 wird abgelehnt, b) Der Vorlage NR 957 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass der erste Satz wie folgt lautet: ‚Die Polizeiverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen, Grün- und Spielanlagen, auf Gewässern, im Wald sowie den unterirdischen Anlagen in der Stadt Frankfurt am Main vom 04.08.1981, geändert durch Verordnung vom 29.10.1984, 23.02.1999 und 04.12.2001 wird wie folgt ergänzt: ‚c) Die Vorlage NR 1044 wird abgelehnt, d) Der Vorlage N 1145 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.“

Abstimmung zur Vorlage M 14: Zu Artikel 1 Ziffer 3. Absatz drei Punkte 2. und 3. sowie Ziffer 3. Absatz vier Punkte 2. und 3. votieren die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FDP und FAG mit Ablehnung, die CDU-Fraktion votiert mit Annahme. Zur Vorlage M 14 verbleibender Text votieren die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und FAG mit Ablehnung, CDU und FDP mit Annahme. Zur Vorlage NR 957 votieren die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP mit Annahme mit Zusatz, die Fraktion der FAG votiert auf Prüfung und Berichterstattung. Zur Vorlage NR 1044 votieren die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FDP und FAG mit Ablehnung, die CDU mit Annahme. Zur Vorlage NR 1145 votieren die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP und FAG mit Annahme. Die nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen haben wie folgt votiert: Zu den Vorlage M 14, NR 957 mit Zusatz, NR 1044 und NR 1145 votiert die Fraktion der Republikaner mit Annahme und die Fraktionen von PDS, ÖkoLinX-ARL und Europa-Liste mit Ablehnung. Die BFF-Fraktion enthält sich der Stimme.

Wer dem Ausschussbericht zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? (Geschieht). Keine. Enthaltungen? (Geschieht). Keine. Ich stelle fest, dass der Ausschussbericht mit den Stimmen des gesamten Hauses beschlossen ist.

Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet, Herr Vowinckel.

Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:

Herzlichen Dank, Frau Vorsteherin! Bevor der Tagesordnungspunkt 7. aufgerufen wird, habe ich die Bitte, dass der Tagesordnungspunkt 7. mit dem Tagesordnungspunkt 8. getauscht werden kann. Mein Fraktionskollege Schenk, um den die Debatte hier schwerpunktmäßig geht, ist aus beruflichen Gründen nur in der Lage, ab 20.00 Uhr an der Sitzung teilzunehmen. Ich gehe davon aus, dass wir alle ein Interesse daran haben, dass er teilnimmt und wir nicht in seiner Abwesenheit debattieren. Deswegen habe ich die herzliche Bitte und stelle damit den Antrag, dass das Haus die beiden Tagesordnungspunkte 7. und 8. tauschen möge.

Danke schön!

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Wer spricht dagegen? Frau Ditfurth hat sich zur Gegenrede gemeldet.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Dass Herr Schenk heute meint, nicht pünktlich kommen zu können, ist seit einiger Zeit bekannt. Wir haben vorhin eine Tagesordnung verabschiedet, nach der jetzt die Beratung des Punktes „Antisemitismus“ an der Reihe ist. Ich verlange, dass auf dieser Reihenfolge bestanden wird. Herr Schenk hat sich inzwischen in unsäglich Weise dreimal öffentlich geäußert und seine antisemitische Position immer klarer und schärfer gemacht. Politisch interessant ist für mich heute auch die Position der CDU, und die ist anwesend. Wenn er erst um 20.00 Uhr kommen kann, weil er einen vermeintlich wichtigeren Termin hat, dann ist es, ehrlich gesagt, sein Problem.

Ich verlange zweitens auch, dass, unabhängig davon, ob der Tagesordnungspunkt jetzt in der Reihenfolge bleibt oder Sie das mit Mehrheit ändern, in Sachen Redezeit nach der Geschäftsordnung verfahren wird. Wenn Sie, wie ich gehört habe, Herrn Schenk außer der Reihe zu einer persönlichen Erklärung drannehmen wollen, müssen Sie sich entscheiden, ob dies nach § 36 oder § 37 der Geschäftsordnung erfolgen soll.

Schauen Sie bitte nach, unter welchen Bedingungen - sowohl was die Reihenfolge und den Zeitpunkt seines Vortrages als auch die Dauer, nämlich drei Minuten, betrifft - er seine Rede hält. Oder er redet - was natürlich auch interessant wäre - als Erster für die CDU nach den Anmeldern SPD, GRÜNE, FAG und ÖkoLinX-ARL. Er hat dann zehn Minuten Zeit, noch einmal ausführlich seine Position - wahrscheinlich in schrecklicher Weise - vorzutragen, es sei denn, irgendjemand hat ihm den Text geschrieben. Mein Antrag lautet: Erstens, die Tagesordnung bleibt, wie vorhin beschlossen. Zweitens, es gibt keine Sonderrechte für die Redezeit, soweit sie Herrn Schenk betrifft. Nochmals ein Hinweis hierzu: Persönliche Erklärungen dürfen nach der Geschäftsordnung am Ende

eines Tagesordnungspunktes zu Dingen abgegeben werden, die über jemanden persönlich in diesem Haus gesagt worden sind. Das ist ja wohl nicht der Fall. Ich bin also gespannt, wie Sie es begründen, wenn Sie ihm ein Sonderrecht einräumen wollen.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke! Ich lasse nun über den Antrag von Herrn Vowinckel zur Änderung der Tagesordnung abstimmen. Wer ist für das Vorziehen des Tagesordnungspunktes 8.? (Geschieht). Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, GRÜNEN, SPD, FAG, Republikanern und BFF. Wer stimmt dagegen? (Geschieht). Das sind die Fraktionen von PDS und Öko-LinX-ARL. Somit ist der Antrag von Herrn Vowinckel angenommen, und wir ziehen den Tagesordnungspunkt 8., Mitfahrerservice, vor.

Tagesordnungspunkt 8.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 8., Mitfahrerservice, auf. Wir behandeln die Vorlage NR 1148 der GRÜNEN-Fraktion mit dem Betreff „Pendlernetz Rhein-Main: Internetgestützten Mitfahrerservice für Pendlerinnen und Pendler aufbauen“. Die GRÜNE-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Vor der Abstimmung werde ich gemäß § 15 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main die mir vorliegenden Voten der Fraktionen bekannt geben. Gibt es Wortmeldungen?

Als erster Redner hat Herr Majer, Fraktion der GRÜNEN, das Wort.

Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin, können Sie bitte um etwas mehr Ruhe bitten?

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Diese Unruhe ist unerträglich. Bitte geben Sie Herrn Majer die Gelegenheit, seinen Standpunkt zum Mitfahrerservice bekannt zu machen.

Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:
(fortfahrend)

Solange die Hälfte des Hauses noch herumsteht, fange ich nicht an. Ich finde es sonst unzumutbar, zu diesem Punkt zu reden.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Auch der Vorsitzende der FDP darf sich setzen. Sie haben vollkommen Recht, Herr Majer. Jetzt wird es aber andächtig still für Sie.

Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:
(fortfahrend)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine Damen und Herren!

Auch wenn dieses Thema vielleicht nicht die Brisanz des nachfolgenden Punktes hat, so denke ich doch, dass es sich lohnen wird, zu diesem Thema zu sprechen. Die Frage des Pendlerverkehrs ist für die Stadt Frankfurt ein eminent wichtiger Punkt und einer, der viele in dieser Stadt und im Umland beschäftigt. Frankfurt ist eine Pendlerstadt, und wenn ich sie so nenne, dann ist sie vor allem eine Einpendlerstadt, in der wir mit einer Quote von 64,8 Prozent an der Spitze aller westdeutschen Großstädte stehen. Wenn man die 58.000 Auspendler noch hinzunimmt und in Rechnung stellt, liegt die Anzahl der Personen pro Pendler-Pkw bei 1,04 Prozent. Das heißt, wenn in jedem Pendlerfahrzeug nur eine einzelne Person sitzt, wird deutlich, vor welchen enormen verkehrspolitischen, aber auch umweltpolitischen Herausforderungen wir stehen.

Im Rhein-Main-Gebiet ist es zwar gelungen, einen relativ hohen Anteil dieser Pendlerströme mit zirka einem Drittel gegenüber einem Fünftel im bundesweiten Durchschnitt

7.1 Antisemitismus klar und deutlich verurteilen	57
Antrag der PDS gemäß § 17 (3) GOS vom 11.11.2003, NR 1179	
7.2 Äußerungen des Stadtverordneten Patrick Schenk	57
Gemeinsamer Antrag der SPD und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 20.11.2003, NR 1190	
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:	58
Stadtverordneter Patrick Schenk, CDU:	58
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:	59
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	61
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:	63
Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:	65
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	66
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	69
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	71
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	72
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	74
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	77
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	77
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	80
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	82
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	83
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	83
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	83
8. Pendlernetz Rhein-Main: Internetgestützten Mitfahrservice für PendlerInnen aufbauen	49
Antrag der GRÜNEN vom 14.10.2003, NR 1148	
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	49
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	52
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	54
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	56
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:	57
9. Keine Gehaltserhöhung von Fraport-Vorstandsmitgliedern zu dieser Zeit	86
Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 12.11.2003, NR 1181	
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:	86
Stadtverordnete Ulrike Gauderer, GRÜNE:	87
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:	88
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	88
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	88

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke schön, Herr Oesterling! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Fraktionen haben wie folgt votiert: CDU, SPD und FDP votieren mit Prüfung und Berichterstattung. GRÜNE, FAG, Republikaner, PDS, ÖkoLinX-ARL und Europa-Liste votieren mit Annahme.

(Zurufe)

Es wird über die Vorlage abgestimmt, Frau Ditfurth, ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Es gibt nur eine Vorlage.

Demnach liegt mir der Geschäftsordnungsantrag vor, die Vorlage NR 1148 dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag zu? (Geschieht). Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und SPD. Wer lehnt die Prüfung und Berichterstattung ab?

(Zurufe)

Wir sind in der Abstimmung, Frau Ditfurth, bitte jetzt nicht.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Frau von Hannover, ich habe das Recht, für meine Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, wenn Sie das Verfahren gerade falsch betreiben. Es gibt zu dieser Vorlage verschiedene Möglichkeiten. Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung und Prüfung und Berichterstattung, und genau so können Sie es auch machen.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Ich bin mitten in der Abstimmung, Frau Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)**

Sie machen es aber verkehrt herum.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Nein. Ich habe nach Zustimmung gefragt.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)**

Nein, Sie haben gefragt, wer gegen Prüfung und Berichterstattung ist. Sie haben nicht nach Annahme gefragt, und das wäre weiterhin das normale Verfahren.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Ich habe gefragt: Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag zu, die Vorlage NR 1148 dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen. Das war meine Frage, und die ist richtig. Für diesen Antrag haben die Fraktionen von FDP, CDU und SPD gestimmt. Jetzt frage ich: Wer lehnt Prüfung und Berichterstattung ab? (Geschieht). Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Wer ent hält sich? (Geschieht).

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)**

Wobei denn, bei der Vorlage oder dem Antrag auf Prüfung und Berichterstattung?

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Ich stelle fest, dass der Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage NR 1148 dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen, angenommen worden ist.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

So einen Geschäftsordnungsantrag gibt es gar nicht. Den kann man gar nicht stellen. Es handelt sich um ein Abstimmungsverfahren.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Es handelt sich immer um einen Geschäftsordnungsantrag, wenn Prüfung und Berichterstattung verlangt wird. So steht es in der Geschäftsordnung, Frau Ditfurth. Auch Sie können noch etwas dazulernen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das zeigen Sie mir einmal. Die Stelle möchte ich gerne einmal sehen.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Sie haben jetzt nicht das Wort, Frau Ditfurth. Wir befinden uns mitten in der Abstimmung. Ich stelle fest, dass der Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage NR 1148 dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen, mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP angenommen worden ist. Die Fraktionen der GRÜNEN, FAG, Republikaner, PDS und ÖkoLinX-ARL votieren mit Annahme. Ich schließe die Aussprache.

Nun hat Herr Vowinckel das Wort zu einem Geschäftsordnungsantrag.

(Zurufe)

Sie haben nicht das Wort, Frau Ditfurth.

Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:

Wenn Sie mir eine Bemerkung gestatten, Frau Ditfurth, und das ist jetzt nicht mein Geschäftsordnungsantrag: Die Vorsteherin hat richtig abgestimmt, aber das ist der Fluch der bösen Tat, Einzelabstimmung zu verlangen anstatt über den Ausschussbericht abstimmen zu lassen. Bei Abstimmung über den

Ausschussbericht wäre das nämlich nicht passiert. Wir hätten vorgelesen: Zustimmung und so weiter.

(Beifall)

Bei Einzelabstimmung aber muss, wenn Prüfung und Berichterstattung im Raum steht, darüber als Erstes abgestimmt werden, und dann geht dieser Antrag durch oder nicht. Wenn er keine Mehrheit findet, gibt es eine Sachabstimmung. Dann hätten Sie Ihr Sachvotum abgeben können. Das ist nun einmal so.

Nun aber zu meinem eigentlichen Anliegen: Meine Fraktion möchte gerne eine Fraktions-sitzung abhalten. Wir haben hierzu die Bitte und stellen den Antrag, die Beratungen für eine halbe Stunde zu unterbrechen.

(Zurufe)

(Unterbrechung der Beratungen von 20.04 Uhr bis 20.41 Uhr)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Ich möchte gerne mit der Sitzung fortfahren und das Fernsehen bitten, sich mit der Kamera nach hinten zu begeben.

Tagesordnungspunkt 7.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Meine Damen und Herren, ich hebe die Unterbrechung der Beratungen auf. Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7., Antisemitismus. Wir behandeln die Vorlage NR 1179 der PDS-Fraktion mit dem Betreff „Antisemitismus klar und deutlich verurteilen“ sowie die Vorlage NR 1190 der Fraktionen von SPD und GRÜNEN mit dem Betreff „Äußerungen des Stadtverordneten Patrick Schenk“. Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FAG und ÖkoLinX-ARL haben den Antrag zur Tagesordnung I gestellt.

7.1 Antisemitismus klar und deutlich verurteilen	57
Antrag der PDS gemäß § 17 (3) GOS vom 11.11.2003, NR 1179	
7.2 Äußerungen des Stadtverordneten Patrick Schenk	57
Gemeinsamer Antrag der SPD und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 20.11.2003, NR 1190	
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:	58
Stadtverordneter Patrick Schenk, CDU:	58
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:	59
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	61
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:	63
Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:	65
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	66
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	69
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	71
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	72
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	74
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	77
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	77
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	80
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	82
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	83
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	83
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	83
8. Pendlernetz Rhein-Main: Internetgestützten Mitfahrservice für PendlerInnen aufbauen	49
Antrag der GRÜNEN vom 14.10.2003, NR 1148	
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	49
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	52
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	54
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	56
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:	57
9. Keine Gehaltserhöhung von Fraport-Vorstandsmitgliedern zu dieser Zeit	86
Antrag der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 12.11.2003, NR 1181	
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:	86
Stadtverordnete Ulrike Gauderer, GRÜNE:	87
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:	88
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	88
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	88

ten Tagen, und nicht erst heute, von Ihnen gehört, dass Sie sich von der rechtsextremen Hohmann-Rede distanzieren, statt sie ausdrücklich für richtig zu befinden, wie Sie das in Ihrem Leserbrief vom 6. November getan haben. Sie haben sich heute distanziert, aber nicht detailliert zu den Inhalten gesprochen. Ich denke, das ist noch notwendig.

Sie haben sich in Ihrem Leserbrief zu derselben Auffassung bekannt, die Ihrem CDU-Freund Martin Hohmann wegen seiner rechtsextremen, abstrusen Rede den Rauswurf aus der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages gebracht hat. Sie hatten vielfältig Gelegenheit, sich inhaltlich von der hass erfüllten Rede und Ihrer unkritischen Übernahme zu distanzieren. So nutzten Sie Ihre persönliche Erklärung im Sozialausschuss nur für eine Entschuldigung, falls Gefühle verletzt sein würden, doch nicht, um sich nachdrücklich von Hohmanns antisemitischer Haltung abzuwenden. Es ist zu befürchten, dass Leute wie Sie und gleichermaßen Herr Hübner, zeigen, dass sie Antisemitismus diskursfähig machen wollen.

Die Tonlage während Ihrer persönlichen Erklärung wirkt auf mich wie in einem Tribunal. Mittlerweile ist der Druck offensichtlich zu groß geworden, die Menschen die den "Rödelheimer Aufruf 2003" unterzeichnen, fordern Ihren Rücktritt vom Mandat und Ihren Parteiausschluss. Rödelheim ist der Ortsbezirk, den Sie vertreten, sozusagen Ihre Heimat.

Angela Merkel hat als CDU-Chefin eine klare Distanzierung gegenüber dem Bundestagsabgeordneten Herrn Hohmann durchgesetzt, weil das konservative Wertesystem der christlich-demokratischen Union durch seine antisemitische Position beschädigt wird. Auch die Oberbürgermeisterin Petra Roth hat in einer Gedenkstunde zur Pogromnacht Hohmanns Aussagen als gänzlich unakzeptabel bezeichnet. Der Fraktionsausschluss Hohmanns ist erfolgt, der Parteiausschluss steht bevor.

Herr Schenk, Ihr Vater ist Fritz Schenk, weidlich bekannt als rechtskonservativer ZDF-Moderator und CDU-Mitglied, der eine Unterschriftenaktion in der FAZ und der Süddeutschen Zeitung am 14.11.2003 für Martin Hohmann gestartet hat. Es handelt sich hier

nicht um eine Person, es handelt sich um ein ganzes Netzwerk, so ist es zu vermuten, das sich in der neuen Rechten formiert. Ob der Verfassungsschutz auf diese Entwicklung ein Auge hat? Lummer ist ebenfalls Unterzeichner dieser Hohmann-Stützungsaktion. Lummer und Schenk sind Autoren der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Interessant ist, welche Autoren dort zu finden sind.

Das Problem Rechtsextremismus ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Seit Jahren versucht die Neonaziszene in Frankfurt Fuß zu fassen, wie mit den Demoauftritten zum 1. Mai, gegen die wir demokratischen Kräfte uns wenden. Es ist nicht an der Zeit, solche Entwicklungen zu verharmlosen, erst recht nicht zu verschweigen. Es ist nicht möglich, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Das Frankfurter Stadtparlament darf kein Forum für einschlägig bekannte nationalsozialistische Positionen werden, wie sie bei Neonazischulungen verwendet werden. Diese Positionen waren in Hohmanns Rede enthalten, ich habe die Rede leider auch lesen müssen. Von Juden als Tätervolk und weiteren abstrusen a-historischen ideologischen Formulierungen ist Abstand zu nehmen. Es ist unverständlich, warum die CDU-Fraktion Patrick Schenk so lange schützt und die Hand über ihn hält. Man wird heute Abend abwarten müssen, Herr Schenk, wie Sie sich noch inhaltlich äußern. Wir erwarten von Ihnen noch weitere Aussagen dazu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Frau Becker! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth, ÖkoLinx-ARL.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinx-ARL:

Guten Tag!

Ich möchte im ersten Teil eine Zusammenfassung machen. Ich habe mich etwas mit dem Weltbild von Hohmann und mit den Leuten bei ihm in der CDU auseinandergesetzt.

Es geht doch noch weiter, als sich einige denken, es ist auch nicht neu. Martin Hohmanns Weltbild, dem Patrick Schenk in den bisherigen Erklärungen, wie er sagt, „nichts hinzuzufügen hatte“ und das Wolfgang Hübner, über den hier noch gar nicht gesprochen wurde, „als nicht antisemitisch“ analysierte, ist ein umfassend rechtsextrems und antisemitisches Weltbild, das seit Jahren Platz in der CDU hat. Rausgeschmissen wurde Hohmann jetzt auch nur, weil der Mediendruck zu groß war, nicht etwa, weil es diese Position in der CDU nicht immer noch gäbe, auch innerhalb der Frankfurter CDU.

In seiner Rede hetzt Hohmann - viel zu wenig beachtet dieser Teil - gegen Sozialhilfeempfänger, die er Schmarotzer nennt. Es fehlt nicht der Schwulenhass des ehemaligen Kriminaloberrats Hohmann beim BKA, Abteilung Terrorismus. Als das Britische Oberhaus homosexuellen Paaren die Adoption erlaubte, schrie Hohmann auf und sagte, das sei eine „Denaturierung des Leitbildes der Familie“. Es gelte, kündigte er an, „dem organisierten Gruppenegoismus der homosexuellen Lobby unzweideutig“ entgegenzutreten, denn nur so dienen christliche Politiker wie er dem langfristigen Nutzen ihrer Völker, sind doch homosexuelle für ihn „das größte Problem der deutschen Gesellschaft, verantwortlich für den Bevölkerungsrückgang“, den er von Menschen verursachtes Siechtum nennt. Aber, sagt Hohmann, auch dem einzelnen Schwulen - diesen widernatürlichen Menschen - stehe die Rückkehr offen: „Jederzeit die Umkehr zu einem Leben nach Gottes Gebot“. Hohmann bezieht sich in seiner Rede auf antisemitische Standardwerke. An seiner Rede sind - wie gesagt, in der Patrick Schenk und Hübner keinen Antisemitismus entdecken wollten - zentrale antisemitische Machwerke wie zum Beispiel Henry Fords Buch von 1920 „The International Jew“ auf das sich Hohmann bezieht, übertragen gewissermaßen das US-amerikanische der wieder von Teilen der widerwärtigen antisemitischen Machwerke die Protokolle der Weisen von Zion enthält. Wie man seit Jahrzehnten weiß, ist das eine Fälschung des zaristischen Geheimdienstes. Fords Kernaussage in dem Buch, auf das sich Hohmann bezieht, ist, dass sich die Juden in verschwörerischer, geheimbündlerischer Absicht zusammengesetzt hätten, um die Weltmacht mittels wirtschaftlicher Macht, insbesondere durch die

Kontrolle der Geldwährung, an sich zu reißen. Ford bewunderte Hitler so sehr, dass er noch 1938 den Orden Adlerschild des Deutschen Reiches entgegennahm.

Die genauen Prozentsätze der Beteiligung von Juden - auch von Juden, die gar keine mehr waren - an der bolschewistischen Weltverschwörung, die Hohmann sieht, entnahm dieser einem rechtsextrremen Buch eines ebensolchen Autors namens Johannes Rogalla von Bieberstein, das begeisternde Vorwort in diesem Machwerk von Ernst Nolte.

Nächster Baustein: Die Juden sind ein von den Deutschen zu unterscheidendes eigenes Volk, eine Ethnie, dahinter lauert auch eine eigene Rasse. Als ob es Rassen gäbe. Für Antisemiten wie Hohmann und alle anderen Antisemiten ist ein Jude, ein Jude, ein Jude. Hohmann: „Trotzki leugnete damals sein Judentum.“

Die Entschuldigung von Hohmann, die erst nach viel Ärger und massivem Druck zustande kam, beharrt auf dem Antisemitismus. Er sagt nämlich nur, er habe sich entschuldigen wollen - wie Herr Schenk heute auch -, die Juden in ihren Gefühlen habe er nicht verletzen wollen. Als ob es darum ginge. Die Juden sind für Hohmann kein Tätervolk. Er hat diesen Satz drin, sie sind kein Tätervolk. In dem Moment, in dem jemand sagt, die Deutschen, die immer dagegen stehen, sind immer die Deutschen gegen die Juden, sagt er, wenn jemand die Deutschen ein Tätervolk nennt, sind die Juden auch eines. Die Keule hält er als Drohung im Hintergrund. Nur wenn man die Deutschen als die angeblich wirklich einzigen Opfer der Geschichte in Ruhe lässt, dann lässt er die Keule mit dem jüdischen Tätervolk draußen. Aber als ein Volk konstituiert er sie auf jeden Fall. Das wird zu wenig kritisiert.

Karl Brosick von der „Jewish-claim-conference“ beschwerte sich schon im Sommer 2001 beim damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Friedrich Merz: „Herr Hohmann benutzt Formulierungen und Stereotypen, die bereits in der Weimarer Republik von Rechtsradikalen benutzt worden sind“. Merz ignorierte den Inhalt dieses Schreibens. Brosick hatte Recht. „Juden waren es, die den Marxismus erfanden, Juden sind es, die mit ihm die Welt zu revolutionieren versu-

chen“. Dieses Zitat stammt allerdings von Joseph Goebbels vom September 1941.

Die Deutschen sind bis heute die eigentlichen Opfer und nicht schuld an zwei Weltkriegen, KZs, Massenmord und Sklavenarbeit. Das ist ein wesentlicher Baustein von Hohmann und ähnlich denkender aus der CDU von Hohmanns Weltbild. Dieses kompakte Konzept spaltet er auch in mehrere Elemente. Hohmann 1985: „Hitler begann die Judenvernichtung im dritten Kriegsjahr, damals beklagte fast jede deutsche Familie schon ein oder mehrere Opfer“. Die Juden sind keine Deutschen und die Deutschen, zu denen immer nicht die Juden gehören, haben länger gelitten als die Juden, die einzigen und wahren Opfer.

Nationalfeiertag 3. Oktober 1996: Hohmann redete in Neuhof von der angeblichen deutschen Schuld. Die Nazis kamen für ihn und für Leute, die denken wie er, immer von außen, denn wenn er etwas zugibt, sagt er solche Sätze wie, „verheerende Untaten wurden von arglosen Deutschen immer nur auf Hitlers Geheiß begangen“. Da kamen die bösen Nazis von außen und haben die armen und schuldlosen Deutschen gezwungen, Böses zu tun. Das ist ein zentrales Argument seines Weltbildes und ähnlich denkender wie er. Deutsche Christen waren keine Mörder.

Auf Hohmanns Website, die seit ein paar Tagen gelöscht ist, war bis vor kurzem ein Link zu einem Arbeitskreis konservativer Christen, mit dem er eng kooperiert. Dort stand noch am 30.10.2003: „Von Mitgliedern des Zentralrates der Juden in Deutschland wird mittlerweile ein Rundumschlag gegen jede Partei der Bundesrepublik Deutschland geführt, deren Programm sich nicht auf das kommunistische Manifest oder die Gesellschaft zerstörende Weihe der Frankfurter Schule bezieht“. Das nächste Zitat auf der Website von Hohmann: „Es ist eine geschichtliche Tatsache, dass die Nationalsozialisten nicht nur Juden verfolgt haben, sondern auch andere Minderheiten“. Sie haben nicht vor eigenen Landsleuten halt gemacht, die die Juden wieder nicht waren, aber, sagt er, „nicht eine dieser Gruppen hat sich in einer ähnlichen Eindringlichkeit und Ausschließlichkeit wie die Juden zu dieser Verfolgung ausgesprochen.“ Auf deutsch: Was jammern und klagen die so herum, wir waren

doch die viel früheren Opfer. Er fordert an anderer Stelle auch, dass es jetzt endlich einmal Geld für deutsche Zwangsarbeiter geben müsste und die Zahlerei an die anderen aufhört. Solche Anfragen und Äußerungen dieser Art gibt es seit den letzten fünf Jahren von ihm.

Auf dieser Website findet man auch Originalzitate: „Auschwitz werde instrumentalisiert, einmal als Druckmittel für finanzielle Leistungen, zum anderen, um sich als eine“ - damit sind die Juden gemeint - „zahlenmäßig kaum wahrnehmbare Minderheit als Beckmesser über ein anderes Volk, die Deutschen nämlich, zu erheben“. Es müsse doch erlaubt sein, „eine Definition von Faschismus auch auf Israel anzuwenden“. Der Bau des Holocaust-Denkmal in Berlin sei „die Zementierung der Rache und Demütigung des deutschen Volkes für immer“ und zuletzt von der Abteilung dieser Christen wie Hohmann „die Opferzahlen von Auschwitz seien mindestens achtfach überhöht“.

In einer Bundestagsrede im April 2003 sagte Hohmann: „Auschwitz ist das Synonym für absolute Gottesferne“. Diesen Satz durchschaut man erst, wenn man andere Äußerungen von ihm dazunimmt. Das ist so bei den geschickteren Antisemiten, dass man das etwas komplizierter macht. Bei ihm ist es einfacher. Am 03.10.2000 sagte er: „Es habe in Europa zwei gottlose, totalitäre Ideologien gegeben, die zwei europäische Völker in ihren Bann geschlagen hätten“, also quasi verhext. Eigentlich, meint Hohmann, sind die Juden selbst Nazis, jedenfalls dann, wenn sie linke, revolutionäre Juden waren, die sind nämlich den Faschisten ähnlich, erklärt er und sagt, „sie waren glühende Hasser beides. Glühende Hasser jeglicher Religion, Ähnliches galt für die Nationalsozialisten“. Wenn die Mehrheit der Deutschen also Christen waren, können sie keine Faschisten sein. Aber die deutschen Mörder waren in überwältigender Mehrheit deutsche Christen oder christliche Deutsche. Die Wehrmacht war eine Vereinigung von edlen Menschenfreunden, so sieht es Hohmann und sagte: „Die Wehrmachtsausstellung sei ein weiterer Tiefpunkt deutscher Selbstächtung, geschrieben im rechtsextremen Blatt Deutsche Militärzeitschrift - DMZ -, in der auch regelmäßig Jörg Schönbohm und Erika Steinbach Interviews geben. Neurotisch, sagt er, seien die jungen

Wissenschaftler, die auch noch die winzigsten Verästlungen der NS-Zeit erforschen. Heraus käme ein Übermaß der Wahrheiten, das nichts anderes anrichtet als psychische Schäden im deutschen Volk. Also ist wieder das deutsche Volk Opfer, diesmal das der neueren deutschen Geschichte.

Er hetzt mit Vorliebe, auch auf Einladung von Burschenschaften, gegen Zwangsarbeiter und wirft ihnen gerne „wahrheitswidriges Übertreiben und übermäßiges Moralisieren“ vor und verlangt, dass sich die katholische Kirche nicht an der Entschädigung von Zwangsarbeitern, auch nicht für die Sklavenarbeit in Einrichtungen der katholischen Kirche, beteilige, da sonst „unsere Kirche quasi durch die Hintertür auf die Anklagebank gesetzt werde“. Die katholische Kirche hat auch gar nichts mit dem Faschismus zu tun, da seit Papst Pius keine Zwangsarbeiter mehr in katholischen Einrichtungen sind, und die davor, hofft Hohmann, sind längst alle tot.

Im zweiten Teil möchte ich mich mit der scheinheiligen Distanzierung von Herrn Schenk und mit den Äußerungen von Herrn Hübner auseinander setzen. Das mache ich dann später.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Becker.

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es sind sicherlich schwierige Tage für die christlich-demokratische Union in Deutschland, denn mit der inakzeptablen und antisemitischen Rede des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann hat ein Mitglied des Deutschen Bundestages, ein Mitglied der Christlich-Demokratischen Union, eine Grenze überschritten, die im Umgang mit der Geschichte unseres Landes nicht zu überschreiten ist. Er hat die Alleinstellung des Holo-

caust durch unzulässige Thesen relativiert und dazu Bilder und Vergleiche gewählt, wie diese auch von Antisemiten zur politischen Agitation missbraucht werden. Damit hat er sich in dieser Frage außerhalb des Konsenses der demokratischen Fraktion des Deutschen Bundestages gestellt. Das ist auch der Grund, warum ihn die Bundestagsfraktion von CDU und CSU mit übergroßer Mehrheit aus ihren Reihen ausgeschlossen hat.

Für die CDU-Fraktion Frankfurt am Main - ich spreche auch für die Frankfurter CDU insgesamt an diesem Punkt - ist klar, dass wir uns von den Inhalten der Rede von Herrn Hohmann ohne jegliche Einschränkung distanzieren. Unser Fraktionskollege, Herr Schenk, hat dieses vorhin mit den gleichen Worten, ohne jegliche Einschränkung, ausgeführt. Dies ist für uns selbstverständlich. Ich denke, Sie kennen die Frankfurter CDU lange genug, zumindest diejenigen, die sie kennen wollen, um einzuordnen, dass dies für uns selbstverständlich ist, uns so auszudrücken. Wir brauchen, weil es für uns selbstverständlich ist, nicht die Aufforderung durch Dritte. Auch nicht in Bezug auf den Leserbrief unseres Fraktionskollegen Schenk, dem ich bereits am Tag der Veröffentlichung seines Leserbriefes die deutliche Missbilligung der CDU-Fraktion zum Ausdruck gebracht habe. Es ist daher auch für uns nicht in dem Maße akzeptabel, dass es in einem Antrag, der auf dem Tisch liegt, heißt, wir haben keine angemessene Reaktion gezeigt. Ich denke sehr wohl, dass die CDU-Fraktion Frankfurt am Main angemessen reagiert hat, indem sie deutlich gemacht hat, dass sie diesen Leserbrief missbilligt. Ich habe - Sie können das auch nachlesen - direkt danach in sehr klaren Worten deutlich gemacht, als die Diskussion entflammt ist, dass sich die CDU-Fraktion Frankfurt insgesamt inhaltlich ohne jede Einschränkung distanziert.

Herr Schenk hat im persönlichen Gespräch, in seiner Erklärung vom 7. November sowie heute, sehr deutlich seine Distanzierung zu den Aussagen von Herrn Hohmann und seiner antisemitischen Rede unterstrichen und dies klar zum Ausdruck gebracht. Er hat sich vorhin vor dem Plenum klar und ohne Einschränkung distanziert. Mit dieser Distanzierung wird für uns klar, dass sich Herr Schenk, entgegen inhaltlichen Teilen in dem Antrag, der uns vorliegt, nicht an die Seite gestellt

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Ihre Redezeit ist um, Herr Hübner.

Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:
(fortfahrend)

Eine Spannung, die es bei normalen Themen nicht gibt, nämlich bei denjenigen, bei denen dieses Stadtparlament wirklich gefordert wäre. Ich sage es Ihnen noch einmal. So nicht. Ich werde mich von diesen Dingen nicht distanzieren.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Herr Schäfer, Sie haben das Wort!

Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:

Herr Stadtverordnetenvorsteher!

Ich bitte Sie herzlich für die FAG, und ich weiß nicht, ob ich auch für andere sprechen kann, den Ausdruck „Gesinnungsblockwart“ des Kollegen Hübner zu rügen. Ich bin sehr erstaunt, dass Sie nicht eingegriffen haben.

(Zurufe)

Einen Punkt habe ich noch. Im Immigrationsausschuss hat Herr Hübner von „Erschießungskommandos“ gesprochen. Herr Langer hat von „politischen Erschießungskommandos“ auf Grund von kritischen Äußerungen gesprochen, die es seitens der Kollegen Amann, Schäfer, Eskandari-Grünberg und so weiter gab. Ich finde, es ist eine Wortwahl, die man nicht dulden kann.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Schäfer, das Problem ist, dass der Ausdruck hier oben akustisch nicht angekommen ist. Welcher Ausdruck ist gefallen?

(Zurufe)

Ich habe hier nachgefragt. Entschuldigung!

(Zurufe)

Welches Wort war es jetzt gewesen?

Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:
(fortfahrend)

„Gesinnungsblockwart“, wir haben es alle verstanden.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Gut, hier oben ist es wie auch immer nicht angekommen. Dieser Ausdruck ist nicht parlamentarisch. Herr Hübner, ich rüge diesen Ausdruck.

(Beifall)

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Es gibt verschiedene Formen, auf einen Konflikt zu reagieren. Es gab im Münchner Merkur einen Aufruf der Deutschen Konservativen, in dem aufgefordert wurde, für Martin Hohmann zum verstorbenen Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba zu beten. Auch das gibt es dieser Tage. Wir können aus diesem Konflikt verschiedene Sachen lernen. Ich habe gelernt, dass bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sobald ein Antisemit auffällig wird, nach fünf Jahren der öffentlichen Äußerung dieser Art, dieser in den Umweltausschuss versetzt wird. Das kann man so und so interpretieren.

Ich bin gespannt, wie das Ausschlussverfahren gegen Martin Hohmann in Hessen laufen wird. Es wird sicher so sein, dass Roland

Koch diesen Ausschluss durchziehen muss. Er will auf Bundesebene noch etwas werden. Er wird mit Leuten Probleme bekommen, mit denen er sonst eng kooperiert. Regelmäßig tritt Roland Koch im Studienzentrum Weikersheim auf, dem Scharnier zwischen dem rechten CDU-Flügel, Nationalkonservativen und Faschisten. Jüdische Vermächtnisse - ich erinnere nur kurz daran - oder das Zitat von Herrn Koch: Unternehmen werden verfolgt. Da ging es um die Transparenz in Steuerfragen, die verlangt wurde, wie früher die Juden. Das heißt, immer wenn es um Geld geht, fallen Roland Koch ohnehin die Juden ein. In einem Atemzug presst er durch diesen Vergleich den industriell organisierten Massenmord in Auschwitz auf das Gewaltniveau hessischer Steuerfahndung.

Herr Hübner hat im Ausschuss - das wurde eben schon erklärt - deutlich gesagt, dass diejenigen, die Herrn Hohmann kritisieren, ein politisches Erschießungskommando seien. Das kann nicht gerügt werden, er hat sich hier nicht getraut. Er hat eben deutlich in seiner Rede gesagt, dass der Kriminaloberrat, der Major der Reserve und der ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU, Martin Hohmann, der sich seit Jahren explizit antisemitisch äußert, doch kein Antisemit sei, sondern einfach nur ein bisschen dumm. Dann fragt man sich natürlich, wo kommt die so genannte führende Elite in dem Land her, wenn sie dann, wenn sie aggressiven Antisemitismus äußert, immer nur für ein bisschen dumm erklärt wird.

Natürlich will sich Hübner in seiner verlogenen Solidarität für Patrick Schenk, dem er sagt, er habe sich heute hier distanziert, was er nicht hat, weil er und das ...

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Entschuldigung, Frau Ditfurth, wenn Sie hier über einen Kollegen als „verlogen“ sprechen, lasse ich das nicht zu.

(Zurufe)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ich habe „verlogenen Antisemitismus“ gesagt.

Komisch, eben passen Sie nicht auf und bei mir geht es jetzt wieder plötzlich bei jedem Komma los, Herr Bührmann.

(Zurufe)

Es geht hier um einen Angehörigen Ihrer Fraktion. Ich sehe ein, dass das nervös macht.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Einen Moment bitte. Herr Zieran, Sie haben in dem Saal nicht das Wort. Noch einmal und Sie verlassen diesen Saal.

(Zurufe)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Das ist wieder Ihre Art...

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Zieran, verlassen Sie bitte den Saal.

(Zurufe)

Ich unterbreche so lange, bis Sie den Saal verlassen. Sie haben hier nicht das Rede-recht. Verlassen Sie bitte den Saal.

(Zurufe)

Dies kann ich! Verlassen Sie bitte den Saal!

(Zuruf Nein!)

Ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenausschuss ein.

**(Unterbrechung der Beratungen von
22.15 Uhr bis 22.35 Uhr)**

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Meine Damen und Herren, ich hebe die Unterbrechung der Beratungen auf. Der Ältestenausschuss hat ergeben, dass Frau Ditfurth den Begriff „verlogener Antisemitismus“ gebraucht hat und dieser nicht zu rügen war. Ich habe dies falsch verstanden.

Es bleibt allerdings bei der Entscheidung, dass Herr Zieran für den Rest der Sitzung des Saales verwiesen ist. Frau Ditfurth, Sie haben das Wort!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Ich muss jetzt versuchen, nach der Unterbrechung, die ich für ein Ablenkungsmanöver von der eigentlichen Auseinandersetzung um die CDU und den Antisemitismus von Teilen ihrer Mitglieder halte, wieder zum Thema zurückzukommen.

Ich wende mich wieder Herrn Hübner zu. Herr Hübner hat gesagt, Herr Hohmann sei einfach nur dumm gewesen. Er hat auch vor einiger Zeit im Leserbrief an die FNP vom 10.11.2003 gesagt, dass die Rede von Herrn Hohmann, ich zitiere: „Eine antisemitische Rede war es nicht.“ Er hat das heute wiederholt und damit gesagt, alle Argumente - es gab bisher eine Reihe von wirklich guten Beiträgen, unter anderem auch der erste Beitrag von der SPD, der mir sehr gefallen hat -, alle diese Beiträge haben bei ihm überhaupt nichts ausgelöst. Nach wie vor ist Herr Hohmann kein Antisemit. Damit hat Herr Hübner alles über sich gesagt. Herr Hübner ist kein unerfahrener Schuljunge. Der Mann hat politische Erfahrung und eine politische Ausbildung. Er ist Kulturredakteur bei einer Nachrichtenagentur. Wenn er also den ganzen Abend eine antisemitische Rede hält und das, nachdem er mit der Nase hineingeschubst worden ist, den ganzen Abend nicht erkennt, dann muss man mutmaßen, hängt er selbst antisemitischer Ideologie an und verbirgt es nur besser. Warum fehlt Herr Hübner im Antrag der SPD, dass wüsste ich gerne. Warum geht ihr nur gegen Antisemiten in der CDU vor? Ich hätte darauf noch gerne eine Antwort.

Aber jetzt komme ich zu Herrn Schenk. Herr Schenk hat sich - und das ist allerdings wichtig für die Diskussion - heute Abend nicht von dem distanziert, was er bisher gesagt hat. Er hat sich bisher inhaltlich geäußert, und heute hat er sich ausschließlich formal distanziert, dass er alles zurücknimmt und dass es ihm Leid tut. Er erklärt überhaupt nicht, wie er zu den Positionen kommt. Wenn ich ihm nicht unterstellen soll, dass er schizophren ist - was ich nicht will -, dann hat er zumindest ein politisch gespaltenes Bewusstsein oder ist unter Druck gesetzt worden. Vielleicht lässt er sich unter Druck setzen, weil er in der CDU noch etwas werden will.

Erster Akt, Patrick Schenk schreibt im Leserbrief in der FNP vom 06.11.2003 - dieses Zitat wurde bis heute nicht zurückgenommen - und das ist mir ein zentrales Zitat. „Herr Hohmann hat ausgesprochen, was im Nachkriegsdeutschland des Jahres 2003 nicht oder noch immer nicht geäußert werden kann.“ Hinter diesem in so harmlosen Worten daherkommenden Satz steht - wer sich auskennt - ein ganzes Bündel von antisemitischen Ressentiments. Bei fast allen Leuten steckt nämlich diese Couleur dahinter, dass es irgendwie verhindert wird und dann kommt eben doch immer irgendwann das Weltjudentum und die jüdische Weltverschwörung, dass man in diesem Land nicht sagen kann, was man denkt, nur weil es den Faschismus gab. Diesen Satz hat Herr Schenk bis heute nicht zurückgenommen. Herr Schenk teilte Herrn Hohmanns Konstruktion vom jüdischen Volk, auch das wurde nicht zurückgenommen. Das ist ein Satz, der auch in dem Antrag der SPD neben dem Begriff „Tätervolk“ fehlt. Ich finde die Konstruktion des jüdischen Volks eine wichtige Voraussetzung des modernen Antisemitismus. Herr Schenk hält es - wenn er nicht blöd ist, dann wider besseren Wissens - für eine Entlastung, wenn Herr Hohmann tatsächlich droht, nur wenn die Deutschen kein Tätervolk seien, seien die Juden auch keins.

Ich komme zum zweiten und dritten Akt des Auftritts von Patrick Schenk. Er erzählt der Presse verteidigend, dass er in der Schule den Nationalsozialismus dreimal rauf und runter durchgenommen habe. Da klingt für mich weniger Aufklärung durch, als die Beschreibung einer Immunisierung. In seiner persönlichen Erklärung vom 07.11. - auch

diesen Text habe ich genau gelesen - sagte er, seine Erklärung sei keine Unterstützung der Position von Herrn Hohmann gewesen. Die Diskussion habe ihm nur nicht gefallen. Aber er, Patrick Schenk, als ob ihm das jemand unterstellt habe, trage keine persönliche Schuld am Faschismus. Das zentrale antisemitische Konstrukt vom jüdischen Volk nimmt Herr Schenk bis heute nicht zurück. Er übernimmt auch die Unterscheidung vom deutschen und jüdischen Volk und damit die Logik der Nürnberger Rassengesetze und nicht nur die. Jetzt sülzt er seit dem 07.11. herum: „Ich möchte mich bei denen, deren Gefühle ich vielleicht verletzt haben könnte, entschuldigen.“ Das hat Hohmann auch gesagt. Nach dem Motto, ich äußere mich zwar antisemitisch, aber ich meine es nicht persönlich und bitte sei doch keiner beleidigt. Herr Schenk redet von Gefühlen, die er nicht verletzen wollte. Was ist aber mit dem Verstand, mit der historischen Wahrheit, und warum kneift Patrick Schenk plötzlich so auffällig, wenn es um die Inhalte - darauf bestehe ich - von Herrn Hohmanns Rede und die eigene Solidarisierung geht. Das ist die Erklärung eines versteckten Antisemiten, den nun seine Fraktion in den Schwitzkasten genommen hat und der sich seine Karriere nicht verbauen will.

Er bleibt letztendlich bei seinem Standpunkt, weil sonst könnte er inhaltlich sagen, dass er diese Worte, Kategorien, Begrifflichkeit und diese Sätze zurücknimmt. Das hat Patrick Schenk heute nicht getan. Er hat pauschal gesagt, dass er sie formal zurücknimmt. Er hat nicht gesagt was. Er hat nicht gesagt welche Worte und hat nicht erklärt, warum es bis heute gilt, dass man nicht sagen kann, was man denkt. Das hat er vor kurzem gesagt. Warum sagt er heute nicht, warum er jetzt einer anderen Meinung ist. Das würde mich wirklich interessieren. Erst dann könnte ich beurteilen, ob er überhaupt etwas kapiert hat. Er nimmt auch bis heute seinen Satz nicht zurück, „Herr Hohmann hat ausgesprochen, was auch im Jahre 2000 nicht, oder immer noch nicht, geäußert werden kann.“ Ich bestehe darauf, dass Herr Schenk sich zu diesem Satz von sich selbst äußert. Es heißt immer noch, dass die jüdische Weltverschwörung diejenige ist, die die deutschen Opfer am Aussprechen hindert. Ich erwarte, dass das heute hier erklärt wird.

Ich stimme auch dem PDS-Antrag zu, der verlangt, dass sowohl Patrick Schenk als auch Wolfgang Hübner aufgefordert werden - man kann sie nicht zwingen - diese Stadtverordnetenversammlung zu verlassen. Dem Antrag der PDS stimme ich zu, obwohl ich in zwei Punkten ein kleines Problem habe. In der Begründung - über die wir glücklicherweise nicht abstimmen - steht der etwas törichte Satz „dass die Sache das Ansehen der Stadt Frankfurt und der Stadtverordnetenversammlung beschädigt“. Das ist mir ehrlich gesagt völlig egal. Dieser Satz liegt in der Logik des unsäglichen Bürgermeisters von Hoyerswerda, der damals nach den Anschlägen auch um das Image der Stadt fürchtete und keine Sympathie für die Opfer empfand. Ganz zum Schluss beim SPD-Antrag, dem ich auch zustimmen werde, fehlt mir Herr Hübner. Ich bitte darum, zu erklären, warum Herr Hübner im SPD-Antrag fehlt, da es doch nur um Antisemiten insgesamt gehen kann und nicht nur um solche in der CDU, auch wenn es sie da reichlich gibt.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Frau Dittfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Schäfer, FAG-Fraktion.

Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:

Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren!

Ich bin von anderen Fraktionen gebeten worden, mich kurz zu fassen, auch im Hinblick auf die Diskussionspunkte, die noch ausstehen. Aber es müssen noch ein paar Worte zu Herrn Hübner gestattet sein.

Es ist hier mehrfach gesagt worden: Für antisemitische Äußerungen kann es keine Meinungs- und Diskursfreiheit geben. Das ist eindeutig formuliert worden. Das gilt auch für Sie, Herr Hübner, denn genau das wollen Sie eröffnen. Das Ganze muss als gesamtgesellschaftlicher Konsens gelten. Äußerungen, die auf eine Relativierung des Holocaust hinauslaufen, die unschuldige Opfer im Nachhinein